

Aufweitung Alpenrhein diskutiert

Viele Fragen, wenige Antworten: Die Diskussion rund um den Alpenrhein hat gestern mehr als zwei Stunden gedauert. Zu einem klaren Entscheid kam es nicht – trotzdem kann die Regierung Anregungen aus der Diskussion mitnehmen.

MAGDALENA HILBE

VADUZ. Im Oktober 2014 haben Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer von der Freien Liste (FL) der Regierung eine Interpellation zum Staatsvertrag für den ökologischen Zustand des Alpenrheins überreicht. Im gestrigen Landtag hat die Interpellationsbeantwortung der Regierung zu Diskussionen geführt.

Das Entwicklungskonzept Alpenrhein wurde bereits vor rund 10 Jahren von der Regierung zur Kenntnis genommen und diese hielt fest, die Umsetzung des Massnahmenkonzeptes aktiv zu fördern. Das Konzept beinhaltet die zentralen Themenbereiche Hochwasserschutz, Ökologie, Grundwasser sowie Leben und Arbeiten (Landwirtschaft, Energie, Erholung etc.). «Im Entwicklungskonzept sind insgesamt 19 Aufweitungen projektiert – vier davon betreffen das liechtensteinische Staatsgebiet», sagte FL-Abgeordneter Thomas Lageder. Die Aufweitungsumfänge der vier Massnahmen wurden in den Landesrichtplan aufgenommen und sind somit behördenverbindlich. Neben der Interpellationsbeantwortung wollte die Regierung aus der gestrigen Sitzung ein Stimmungsbild erhalten, in welche Richtung die zukünftigen Arbeiten nach Ansicht des Landtages auszurichten sind.

Drei Fragen beantwortet

In der ersten Frage ging es den Interpellanten um den Stand der Planung und die Rolle Liechtensteins in diesem Vorhaben. «Für die Aufweitung Eschner Au wurden einige Vorabklärungen zu grundsätzlichen Fragen vorge-



Karin Rüdissler-Quaderer, VU-Abgeordnete, sprach sich für die Aufweitungen des Alpenrheins aus.

Bild: Daniel Ospelt

nommen», fasste FL-Fraktions-sprecherin Helen Konzett Bargetze die Beantwortung der Regierung zusammen. Diese Abklärung ist aufgrund der laufenden Deponieplanung gemacht worden. Umsetzungsprojekte wurden bisher noch nicht angestossen. Die zweite Frage handelt von der Haltung der Regierung zu den Bestrebungen zur Verbesserung der Grundwasserhältnisse. «Die Regierung unterstützt die Bestrebungen im Rahmen

der gegebenen Möglichkeiten», führte Helen Konzett Bargetze weiter aus. Die dritte und letzte Frage der Interpellanten handelt von einem Staatsvertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz. «Einen solchen Vertrag erachtet die Liechtensteiner Regierung für nicht notwendig», sagte Helen Konzett Bargetze.

Stimmungsbild gewünscht

Die Möglichkeit, der Regierung ein Stimmungsbild zu

übermitteln, haben zahlreiche Abgeordnete genutzt. Dabei gingen die Meinungen stark auseinander. Zu Beginn sprachen sich Helen Konzett Bargetze und Karin Rüdissler-Quaderer (VU) für eine Aufweitung aus. «Diese Aufweitungen sind eine grosse Chance für die Menschen und die Natur. Nirgendwo sonst ist es möglich, in dieser Form die Landschaftsqualität aufzuwerten und Erholungsräume für die Menschen zu schaffen», sagte

Karin Rüdissler-Quaderer. Auch Helen Konzett Bargetze sieht im Projekt eine attraktive Erholungsfläche am Wasser, welche fehlende Seen in der Umgebung ersetzen könnte. Aber nicht nur ein Naherholungsgebiet, sondern auch der Sicherheitsaspekt ist für die beiden wichtig. «Das Projekt ist alternativlos und notwendig, und der Sicherheitsaspekt ist für die Akzeptanz am wichtigsten.» Für Elfried Hasler (FPB) ist es

unseriös, sich klar für oder gegen das Projekt auszusprechen. «Auch ich bin von der Schaffung eines Naherholungsgebietes angetan.» Doch es gebe auch kritische Aspekte wie beispielsweise die Finanzen. «Auf dieser beschränkten Informationsbasis bin ich skeptisch gegenüber dem Projekt und möchte den Verlauf und die Erfahrungen des Hochwasserschutzprojekts «Rhesi» abwarten», sagte Elfried Hasler. Da sprach jedoch Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer dagegen: «Wir können nicht auf das Projekt «Rhesi» warten, wir müssen in Kürze entscheiden.»

Mehrheit für Aufweitungen

Zum Schluss der Diskussion war klar: Die Regierung hat noch einige Fragen zu beantworten. «Diese Grundlage ist zu dünn», sagte Gerold Büchel (FPB). Trotzdem konnten die Abgeordneten der Regierung einige Inputs, Fragen und Ideen für das Projekt mitgeben. «Die Fragen sollen von der Regierung mitgenommen werden und es soll darauf eingegangen werden, wenn das Projekt erneut präsentiert wird», sagte VU-Abgeordnete Judith Ohri.

Dass es nur wenige Informationen sind, ist auch Marlies Amann-Marxer bekannt. «Ich wollte keine Abklärungen treffen, die Zeit und Geld kosten, ohne zuvor den Landtag gefragt zu haben.» Es gehe ihr darum, ob weitere Abklärungen getroffen werden sollen oder eben nicht. «Wie ich es mitbekommen habe, hat sich die Mehrheit der Abgeordneten, die gesprochen haben, grundsätzlich für eine Aufweitung ausgesprochen», sagte Marlies Amann-Marxer.

Richter gewählt

VADUZ. Der Landtag wählte in seiner gestrigen Sitzung gleich mehrere Richter. Für den Verwaltungsgerichtshof wurden für eine weitere fünfjährige Amts-dauer beginnend ab 13. Oktober Andreas Batliner (Vaduz) als Richter und Christoph Büchel (Vaduz) als Ersatzrichter gewählt. Für den Staatsgerichtshof wurden Marzell Beck (Vaduz) als Richter sowie Markus Wille (Vaduz) als Ersatzrichter ebenfalls für eine weitere fünfjährige Amts-dauer gewählt. Anton Eberle (Triesenberg) wurde zum Landrichter gewählt. Ebenfalls zur Wahl eines weiteren Landrichters war Wilhelm Ungerank (Gamprin) vom Richterauswahl-gremium an den Landtag vorgeschlagen worden. Er erhielt 6 von 24 Stimmen und wurde damit nicht gewählt. (mef)

EB STEIN EGERTA

Kochen wie im Mittelalter

Die Teilnehmenden erhalten einen spannenden Einblick in die Essgewohnheiten ihrer Vorfahren. Eine Auswahl von Gerichten, die auch heute gut auf den Tisch passen und nicht zu schwer im Magen liegen. Geeignet für ein kleines privates Mittelalter-Buffer. Der Kurs 345 unter der Leitung von Heike Schör Krause findet am Montag, 7. September, von 18.15 bis 22.15 Uhr in der Primarschule in Triesenberg statt. Mit Voranmeldung: Tel. +423 232 48 22

Verein Pro Rössle hat Mission erfüllt

Der Verein Pro Rössle der Gemeinde Mauren führte am Montagabend seine 4. Jahresversammlung durch, an der mit Genugtuung Rückschau gehalten und insbesondere die Eröffnung des Kulturhauses Rössle rekapituliert wurde.

MAUREN. Im Mittelpunkt standen zudem Vorstandswahlen, aus denen Edith Willburger als neue Präsidentin hervorging.

Präsidentin Walburga Matt freute sich, im Saal des Kulturhauses Rössle über 30 Mitglieder begrüßen zu dürfen, unter ihnen auch Vorsteher Freddy Kaiser, in seiner Funktion als Vizepräsident des Vereins Pro Rössle, sowie die Kulturbeauftragte Elisabeth Huppmann. «Als Förderverein des Kulturhauses Rössle haben wir mit der Eröffnung des Kulturhauses Rössle in diesem Jahr unser Ziel erreicht», hob Walburga Matt in ihrem Jahresbericht hervor und beschrieb den Start des Kulturhauses am 16./17. Januar 2015 als «schönen und glücklichen Moment».

Der Vorstand des Vereins Pro Rössle hat sich mit seinen mittlerweile rund 120 Mitgliedern seit seiner Gründung am 15. Februar 2015 mit grossem Engagement für den Erhalt des Gasthauses Rössle eingesetzt und die Gemeindebehörde bei der «Entwicklung» zum Kulturhaus Rössle massgeblich unterstützt. Ein denkwürdiger Moment war zudem im April dieses Jahres die symbolträchtige Anpflanzung der Linde am Brunnen vor dem Kulturhaus. Sie steht genau an jenem Ort, wo vor rund 70 Jahren ein mächtiger Sturm die alte, fast 400-jährige morsche Linde zu Fall brachte.



Bild: Jürgen Posch

Der neue Vorstand des Vereins Pro Rössle: Elisabeth Huppmann, Kulturbeauftragte, Manfred Kieber, Vizepräsident, Edith Willburger, Präsidentin, Hanspeter Oehri, Kassier, und Doris Ritter, Schriftführerin (v.l.). Auf dem Bild fehlt Franz Xaver Goop, Beisitzer.

Die Mission «Pro Rössle» hat sich für den bisherigen Vorstand mit dem Erhalt des historisch bedeutungsvollen Gebäudes – Gasthaus zum weissen Rösslein (Baujahr 1833) – sowie mit der Realisierung zum Kulturhaus

Rössle erfüllt, und so wurde den Mitgliedern an der Generalversammlung in der Zweckbestimmung des Vereins eine Statutenänderung in Vorschlag gebracht. Die Zweckbestimmung «Erhalt und Renovation» konnte abge-

hakt und dem Verein eine neue Zielrichtung gegeben werden. So soll der Verein Pro Rössle die Aktivitäten im Kulturhaus Rössle künftig insbesondere durch finanzielle und ideelle Unterstützung fördern und die Bezie-

hungen zum Kulturhaus sowie dessen Betriebsleitung pflegen, wobei er durchaus auch Programm-vorschläge einbringen kann. Für den Betrieb selbst liegt die Kompetenz und Verantwortung bei der Kulturbeauftragten Elisabeth Huppmann.

Neuer Vorstand – neue Ziele

Diese neue Ausrichtung des Vereins Pro Rössle widerspiegelt sich neu auch im Gesicht des Vereinsvorstands. Die bisherige, sehr kultur- und kunstinteressierte Beisitzerin Edith Willburger wurde einhellig zur neuen Präsidentin gewählt. Mit ihr ziehen Manfred Kieber (Vizepräsident), Hanspeter Oehri (Kassier), Doris Ritter (Schriftführerin) und Franz Xaver Goop (Beisitzer) in den neuen Vorstand von «Pro Rössle» ein.

Der Pro-Rössle-Vorstand der ersten Stunde mit Walburga Matt (Präsidentin), Vorsteher Freddy Kaiser (Vizepräsident), Rudolf Lampert (Kassier), Johannes Kaiser (Schriftführer) sowie den Beisitzern Marcus Büchel und Karl Gasser wurde herzlich verdankt und ihm Anerkennung für die kulturell grossartige Arbeit gezollt. Bei einem feinen Imbiss und Unterhaltung mit dem Duo Lucy's Fair aus Schellenberg fand der Versammlungsabend einen sehr amüsanten Ausklang. (eing.)